Höchste Zeit für eine Wende

Save the Children

Fakten aus dem „Krieg gegen Kinder“-Bericht von Save the Children

November 2026

SPERRFRIST: Donnerstag, 19. November, 01:01 Uhr MEZ

Impressum

Deutsche Teilübersetzung des Berichts
„Stop the war on children – changing the odds“

Save the Children Deutschland e. V.
Seesener Str. 10 – 13
10709 Berlin

Geschäftsführer: Florian Westphal

November 2026

Höchste Zeit für eine Wende

Fast ein Viertel aller Kinder weltweit leben in einem Konfliktgebiet – so viele wie noch nie, basierend auf Daten seit 1990. Unser Bericht für 2025 zeigt zudem: Die Zahl der Verbrechen an Kindern in Konflikten ist weiter außergewöhnlich hoch. Diese werden seit 2005 von den Vereinten Nationen (UN) dokumentiert und verifiziert und belegen die anhaltende Gewalt gegen Kinder.

Die Systeme zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten stehen unter Druck. Die finanziellen Mittel für humanitäre Hilfe sinken. Zugleich ziehen sich einige Staaten aus internationalen Abkommen zum Schutz der Zivilbevölkerung und aus Rechenschaftsmechanismen zurück – in einer Zeit, in der sie nötiger sind als je zuvor. Obwohl das humanitäre Völkerrecht Kindern einen besonderen Schutz gewährt, werden ihre Rechte und spezifischen Bedarfe nicht ausreichend berücksichtigt. Veränderte Formen der Kriegsführung und neue Technologien bringen zusätzliche Risiken mit sich und damit neue Herausforderungen. Es ist höchste Zeit, den Schutz von Kindern in Konflikten zu priorisieren.

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

- Im Jahr 2025 lebten rund 589 Millionen Kinder – fast jedes vierte Kind weltweit – in einem Konfliktgebiet. Dies ist ein neuer Rekordwert.
- Sowohl in Afrika als auch im Nahen Osten lebten im Jahr 2025 zwei von fünf Kindern in einem Konfliktgebiet. Fast jedes vierte Kind (24,2 Prozent) in Nord- und Südamerika lebte 2025 in einem Konfliktgebiet. In Asien war es etwa jedes siebte Kind (14,3 Prozent), in Europa fast jedes neunte Kind (10,6 Prozent).
- Insgesamt lebten 44 Prozent aller weltweit betroffenen Kinder in einem afrikanischen Land. Zwischen 2010 und 2025 hat sich der Anteil der konfliktbetroffenen Kinder in Afrika damit mehr als verdreifacht.
- 38.967 Verbrechen[1] an Kindern in Konflikten dokumentierten und bestätigten die UN im Jahr 2025. Seit Beginn der UN-Berichterstattung vor 20 Jahren waren es insgesamt 442.241 Verbrechen.
- Fast die Hälfte aller verifizierten Verbrechen an Kindern fand 2025 in nur drei Konfliktregionen statt: den besetzten Palästinensischen Gebieten, der Demokratischen Republik Kongo und Nigeria. Allein in den besetzten Palästinensischen Gebieten wurden 12.449 Fälle verifiziert – nahezu ein Drittel aller weltweit dokumentierten Verbrechen an Kindern.
- Bei keinem anderen Verbrechen an Kindern war der Anstieg so stark wie bei der Verweigerung des Zugangs zu humanitärer Hilfe. 2025 wurden 8.322 Fälle bestätigt, 2015 waren es noch 509. Das entspricht einem Anstieg um das Sechzehnfache innerhalb eines Jahrzehnts.
- 5.128 Entführungen sind für 2025 dokumentiert. Gegenüber 2021 mit 3.460 Fällen ist ihre Zahl damit um fast 50 Prozent gestiegen.
- 2025 wurden 2.930 Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser bestätigt.[2] Damit stieg ihre Zahl das fünfte Jahr in Folge und hat sich seit 2021 mehr als verdoppelt.
- 2025 wurden insgesamt 14.224 Fälle verifiziert, bei denen Kinder getötet oder verstümmelt wurden.
- Seit 2005 wurden insgesamt 171.712 Kinder getötet oder verstümmelt. Mehr als 70 Prozent dieser Verbrechen ereigneten sich in fünf Konfliktregionen: den besetzten Palästinensischen Gebieten, Afghanistan, Somalia, Syrien und Jemen.
- Internationale Abkommen, die auch für den Schutz von Kindern zentral sind, stehen unter Druck. Im Jahr 2025 leiteten fünf europäische Staaten – Estland, Finnland, Lettland, Litauen und Polen – ihren Austritt aus dem Ottawa-Übereinkommen zum Verbot von Antipersonenminen ein. Gleichzeitig wurde Litauens Austritt aus dem Übereinkommen über Streumunition wirksam.[3] Drei afrikanische Staaten – Burkina Faso, Mali und Niger – sowie Venezuela kündigten 2025 an, aus dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) auszutreten; auch der Tschad notifizierte formell seine Absicht, den IStGH zu verlassen.[4]

Save the Children fordert Veränderungen in drei wesentlichen Bereichen:

1. Die Regeln des humanitären Völkerrechts und internationale Schutzverpflichtungen müssen uneingeschränkt eingehalten und durchgesetzt werden.
2. Die Verantwortlichen für Verbrechen an Kindern in Konflikten müssen zur Rechenschaft gezogen werden.
3. Praktische Maßnahmen müssen ergriffen werden, um Kinder vor Gewalt zu schützen und sie bei der Bewältigung der Folgen bewaffneter Konflikte zu unterstützen.

Um das Blatt für Kinder zu wenden, braucht es politische Entscheidungen, die ihre Sicherheit an erste Stelle setzen, sowie dauerhaftes Engagement, um den Krieg gegen Kinder zu beenden.

Zur Methodik des Berichts

Save the Children stützt sich bei dem Bericht auf *Daten des Peace Research Institute Oslo (PRIO)* und des *Uppsala Conflict Data Program's Georeferenced Event Dataset (UCDP GED)* sowie auf *eigene Analysen der Berichte des UN-Generalsekretärs zu Kindern und bewaffneten Konflikten.*

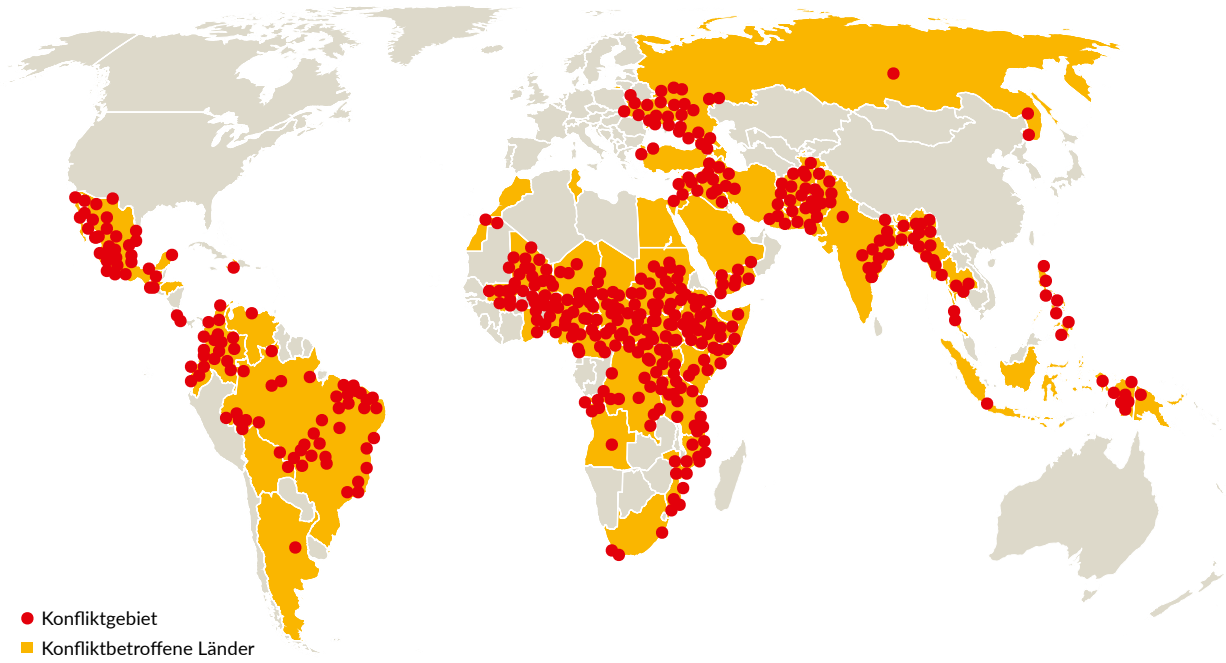
Die Analyse umfasst UN-Daten zu schweren Verbrechen an Kindern von 2005 bis 2025. Anders als in den UN-Berichten wurden zusätzlich verifizierte Fälle der militärischen Nutzung von Schulen und Krankenhäusern bei den Verbrechen gegen Kinder berücksichtigt.

Zwischen einem Verbrechen und dem Zeitpunkt, zu dem es gemeldet, verifiziert und in die UN-Berichterstattung aufgenommen wird, kann einige Zeit vergehen. Zudem erschweren Zugangsbeschränkungen, Sicherheitsrisiken und begrenzte Ressourcen die Erfassung. *Die Zahlen bilden daher nicht das gesamte Ausmaß der Verbrechen ab und können aktuelle Entwicklungen mit Verzögerung widerspiegeln.*

Unter einem *Konfliktgebiet* versteht der Bericht den Bereich im Umkreis von 50 Kilometern um einen Ort, an dem innerhalb eines Jahres mindestens ein Konfliktereignis stattfand, also eine Einzelsituation mit Todesfällen – entweder durch die Auseinandersetzung zwischen bewaffneten Gruppen oder durch einen Anschlag auf die Zivilbevölkerung durch eine oder mehrere Gruppen. Die *Intensität eines Konfliktgebiets* wird durch die Anzahl der Todesfälle, die durch die Auseinandersetzung verursacht sind, definiert.

Der vollständige Bericht ist hier zu lesen: www.savethechildren.de/krieg-gegen-kinder-26

Immer mehr Kinder leben in Konfliktgebieten



Konfliktbetroffene Länder und Konfliktgebiete, 2025[5]

In Ländern mit bewaffneten Konflikten lebten im Jahr 2025 insgesamt rund 1,5 Milliarden Kinder. Das entspricht 60 Prozent aller Kinder weltweit. Diese Zahl ist in den vergangenen vier Jahren weitgehend gleichgeblieben. Konflikte konzentrieren sich jedoch häufig auf bestimmte Gebiete eines Landes, sodass nicht alle Kinder in einem Land gleichermaßen betroffen sind. Deshalb ist es wichtig, auch ihre räumliche Nähe zum Konfliktgeschehen zu betrachten.

Rund 589 Millionen Kinder, fast jedes vierte Kind weltweit, lebten 2025 in einem Konfliktgebiet. Das ist ein neuer Höchstwert. Gegenüber der revidierten Schätzung für 2024 ist die Zahl um sieben Prozent gestiegen.

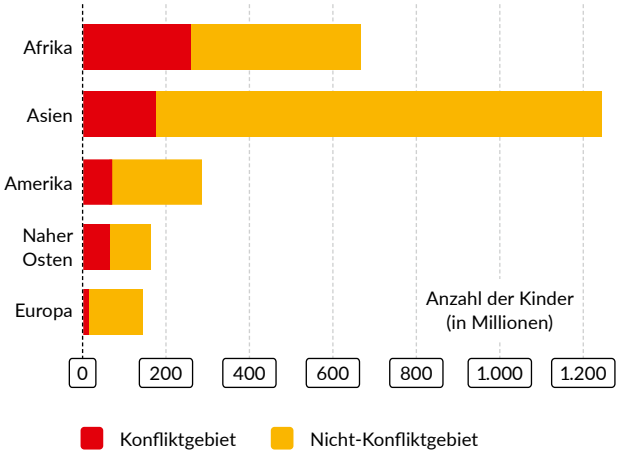
Sowohl die absolute Zahl als auch der Anteil dieser Kinder sind im Laufe der Zeit erheblich gestiegen. **Mitte der 1990er-Jahre lebten etwa zehn Prozent aller Kinder weltweit in Konfliktgebieten, 2025 waren es 23,4 Prozent.** Der Anteil ist also mehr als doppelt so hoch. Der Anstieg der Zahl betroffener Kinder ist demnach nicht allein darauf zurückzuführen, dass heute insgesamt mehr Kinder weltweit leben. Auch der Anteil der Kinder, die in Konfliktgebieten leben, ist deutlich gestiegen.

Rund 91 Millionen Kinder lebten 2025 dabei in Gebieten mit hoher oder extremer Konfliktintensität. Etwa neun Millionen von ihnen wohnten in Gebieten, in denen innerhalb eines Radius von 50 Kilometern mindestens 1.000 kampfbedingte Todesfälle verzeichnet wurden.

Afrika war wie schon im Vorjahr der Kontinent mit den meisten betroffenen Kindern: Hier lebten 2025 rund 260 Millionen Kinder in einem Konfliktgebiet, mehr als in jedem anderen Teil der Welt. Besonders stark stieg die Zahl der betroffenen Kinder im Nahen Osten: von rund 52 Millionen im Jahr 2024 auf 67 Millionen im Jahr 2025 – ein Plus von rund 29 Prozent.

2025 lebten sowohl in Afrika als auch im Nahen Osten zwei von fünf Kindern in einem Konfliktgebiet. Für Afrika ist dies der höchste Wert seit 1990.

Regionale Verteilung



Zahl der Kinder, die im Jahr 2025 in Konfliktgebieten lebten

Verbrechen an Kindern in Konflikten: Zwanzig Jahre Monitoring und Berichterstattung

Im Jahr 2005 etablierte der UN-Sicherheitsrat den sogenannten Monitoring- und Reporting-Mechanismus zu den Verbrechen an Kindern in bewaffneten Konflikten. Festgelegt wurden sechs Kategorien von Verbrechen, die durch die UN dokumentiert und verifiziert werden. Diese sind:

- Tötung und Verstümmelung
- Rekrutierung und Einsatz durch Streitkräfte und bewaffnete Gruppen
- Sexualisierte Gewalt
- Entführung
- Angriffe auf Schulen oder Krankenhäuser
- Verweigerter Zugang zu humanitärer Hilfe

Für das Jahr 2025 zeigt die Analyse 38.967 verifizierte Verbrechen an Kindern in Konfliktgebieten. Dies ist die zweithöchste Zahl seit der Einführung der Dokumentation 2005. Bisher lag die Zahl nur 2024 höher, als 41.763 Verbrechen dokumentiert und verifiziert wurden.[6]

Fast die Hälfte aller im Jahr 2025 bestätigten Verbrechen (49 Prozent) ereigneten sich in nur drei Konfliktgebieten: den besetzten Palästinensischen Gebieten, der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) und Nigeria. Die höchste Zahl verifizierter Verbrechen an Kindern wurde in den besetzten Palästinensischen Gebieten dokumentiert: 12.449 Fälle gab es dort, das war weltweit fast jedes dritte Verbrechen an Kindern in einem Konfliktgebiet. Es folgten die DR Kongo mit 4.196 und Nigeria mit 2.560 Verbrechen an Kindern.

Die Tötung und Verstümmelung von Kindern bleibt das häufigste nachgewiesene Verbrechen an Kindern in Konflikten: 2025 wurden 14.224 Kinder getötet oder verstümmelt. In drei weiteren Kategorien stiegen die Fallzahlen ebenfalls: Noch nie wurden so viele Kinder in Konfliktgebieten entführt wie 2025; insgesamt 5.128-mal wurde dies nachgewiesen. Die Verweigerung des Zugangs zu humanitärer Hilfe stieg auf 8.322 Fälle – auch dies ist ein neuer Höchststand. Die Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser stiegen fünf Jahre in Folge und erreichten 2025 insgesamt 2.930 Fälle.

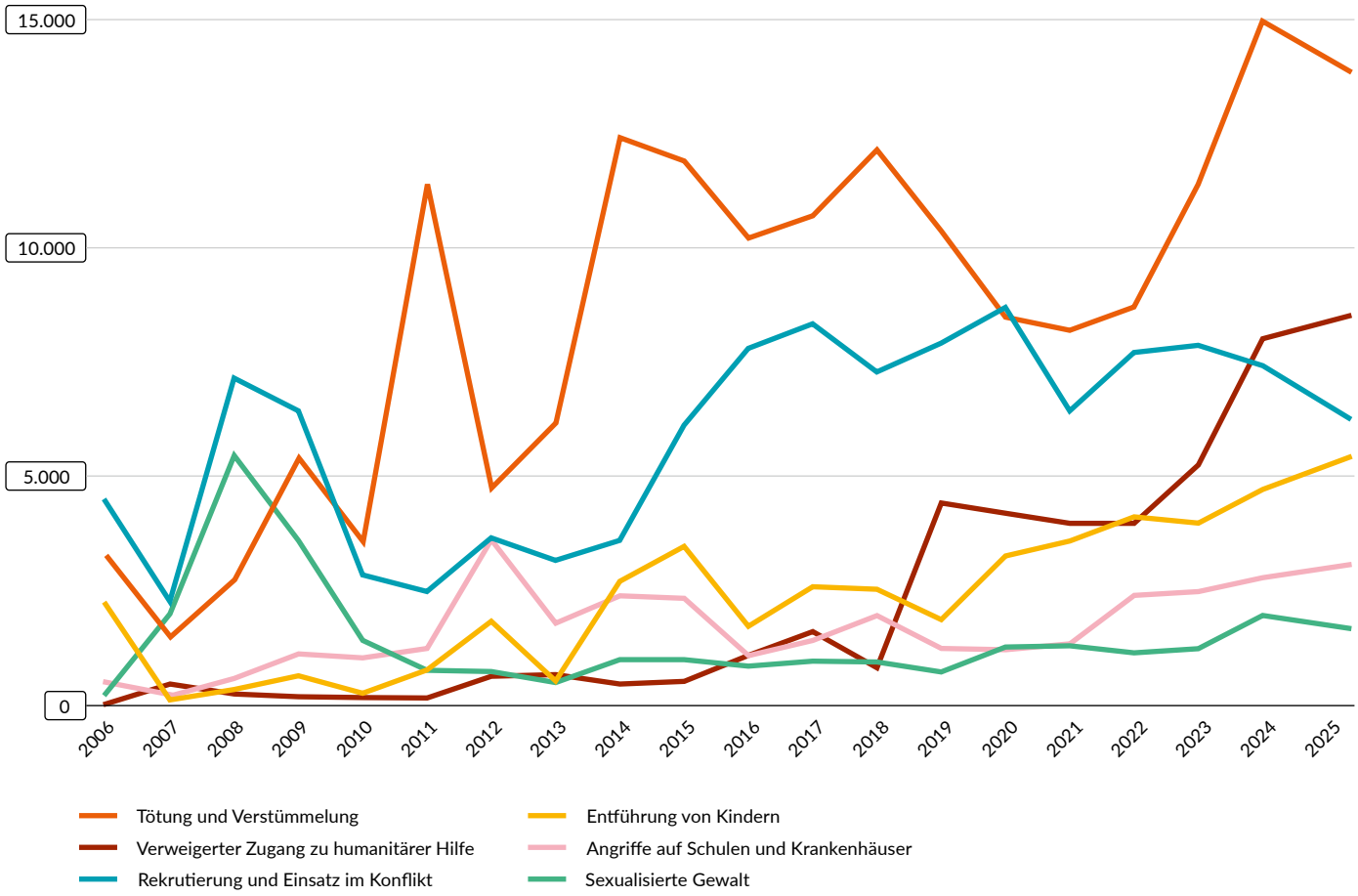
2025 war das dritte Jahr in Folge mit mehr als 30.000 nachgewiesenen Verbrechen an Kindern. Dies entspricht einem Anstieg von 55 Prozent gegenüber 2015.

Eine deutliche Veränderung zeigt sich über die beiden Jahrzehnte in der Verteilung der nachgewiesenen Verbrechen an Kindern in Konflikten. Während der verweigerte Zugang zu humanitärer Hilfe 2015 etwas mehr als zwei Prozent ausmachte, liegt der Anteil 2025 nun bei mehr als 21 Prozent. Damit ist die Verweigerung des Zugangs zu humanitärer Hilfe nach der Tötung und Verstümmelung von Kindern nun das zweithäufigste Verbrechen. Zugenommen haben also nicht nur die einzelnen Fälle von Gewalt gegen Kinder, sondern – noch deutlich stärker – auch die Fälle, in denen Kindern der Zugang zu lebenswichtiger Hilfe verweigert wird.

Unterschiede zwischen den Geschlechtern

Bei den betroffenen Kindern zeigt sich, dass Geschlechternormen und strukturelle Ungleichheiten sich auch in bewaffneten Konflikten auswirken. So waren 2025 rund 63 Prozent der Kinder, die entführt, getötet oder verstümmelt wurden, Jungen. Auch 80 Prozent der Kinder, die von Streitkräften und bewaffneten Gruppen rekrutiert oder im Konflikt eingesetzt wurden, waren männlich. Mädchen erfahren hingegen viel häufiger sexualisierte Gewalt: 98 Prozent der Betroffenen waren 2025 weiblich. Generell ist die Dunkelziffer gerade bei diesem Verbrechen hoch, unter anderem, da Betroffene Stigmatisierung fürchten.

Verbrechen an Kindern in bewaffneten Konflikten



Die Entwicklung der sechs Verbrechen an Kindern in Konflikten

Tötung und Verstümmelung von Kindern

6.266 Kinder wurden im Jahr 2025 in Konflikten getötet, 7.958 wurden verstümmelt. Allein in den besetzten Palästinensischen Gebieten wurden 2.725 Kinder getötet und 2.928 verstümmelt. Die stärksten absoluten Anstiege bei der Tötung und Verstümmelung von Kindern verzeichnete die DR Kongo, wo sich die Zahl der Fälle von 438 auf 918 mehr als verdoppelte, sowie Syrien mit einem Anstieg von 672 auf 988 und Haiti von 351 auf 620.

Seit Beginn der UN-Berichterstattung im Jahr 2005 wurden in Konfliktgebieten insgesamt 171.712 Kinder getötet oder verstümmelt. Mehr als 70 Prozent dieser Verbrechen ereigneten sich in fünf Konfliktregionen: den besetzten Palästinensischen Gebieten, Afghanistan, Somalia, Syrien und Jemen. Insgesamt ereigneten sich die allermeisten Tötungen und Verstümmelungen von Kindern seit 2005 in den besetzten Palästinensischen Gebieten: 39.349 Fälle wurden insgesamt verifiziert.

Rekrutierung von Kindern und deren Einsatz durch Streitkräfte und bewaffnete Gruppen

6.576 Fälle von Rekrutierung und Einsatz von Kindern in Konflikten wurden 2025 bestätigt. 1.397 Kinder wurden in der DR Kongo rekrutiert und im Konflikt eingesetzt, damit steht das Land an der Spitze. Es folgten Nigeria mit 927, Haiti mit 892 und Somalia mit 701 Fällen.

Seit Beginn der Berichterstattung wurden insgesamt 116.767 Fälle bestätigt. Fast zwei Drittel davon entfielen auf nur fünf Länder: Somalia, die DR Kongo, Syrien, Nigeria und den Südsudan.

Entführung von Kindern

5.128 Kinder wurden in Konfliktgebieten 2025 entführt. Rund 86 Prozent der Entführungen ereigneten sich in afrikanischen Ländern.

In den letzten 20 Jahren konzentrierten sich die nachgewiesenen Entführungen von Kindern stark auf eine kleine Anzahl langwieriger Konflikte. Von den weltweit dokumentierten 45.362 Fällen ereigneten sich 13.212 in Somalia, 8.228 in der DR Kongo und 4.767 in Nigeria. Zusammen machen diese drei Länder fast 58 Prozent der Gesamtzahl aus.

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder

1.787 Fälle sexualisierter Gewalt gegen Kinder in Konflikten wurden für 2025 dokumentiert. Rund 86 Prozent ereigneten sich in Konflikten in Afrika, darunter 592 in der DR Kongo.

Seit 2005 waren es insgesamt 28.909 Fälle. Davon entfielen 12.698 auf die DR Kongo – das sind fast 44 Prozent der Gesamtzahl, gefolgt von Somalia mit 4.534 Fällen und dem Tschad mit 2.979. Zusammen machen diese drei Länder rund 70 Prozent aller seit 2005 verifizierten Fälle aus.

Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser

Das fünfte Jahr in Folge gab es vermehrt Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser, sowie Fälle, in denen Einrichtungen militärisch genutzt wurden: 2025 wurden 2.930 Vorfälle dokumentiert. Die besetzten Palästinensischen Gebiete verzeichneten mit 837 Fällen die höchste Zahl an Angriffen, gefolgt von der Ukraine mit 643. Zusammen machten sie mehr als die Hälfte der weltweiten Gesamtzahl aus.

Im gesamten Erfassungszeitraum seit 2005 wurden 32.767 solcher Vorfälle verifiziert. Die meisten davon, 6.022, ereigneten sich in Syrien, gefolgt von den besetzten Palästinensischen Gebieten mit 5.096 und Afghanistan mit 4.041. In der Ukraine wurden allein in vier Jahren 2.624 Vorfälle registriert. Dies verdeutlicht, wie schnell ein eskalierender Konflikt die Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur beeinträchtigen kann.

Verweigerter Zugang zu humanitärer Hilfe

Kein anderes Verbrechen an Kindern in Konflikten hat so dramatisch zugenommen wie die Verweigerung des Zugangs zu lebensrettender Hilfe. 2025 geschah dies 8.322-mal – das entspricht einer rund sechzehnfachen Zunahme gegenüber 2015.

In den besetzten Palästinensischen Gebieten wurden 5.946 Fälle für das Jahr 2025 dokumentiert. Das entspricht mehr als 70 Prozent der weltweiten Gesamtzahl. Der höchste Anstieg in zwei aufeinanderfolgenden Jahren wurde in Libyen verzeichnet: von 36 im Jahr 2024 auf 1.084 Fälle 2025. Auch in der Ukraine erhöhten sich die Fälle von 379 im Vorjahr auf 473 im Jahr 2025. Zusammen entfielen auf diese drei Konflikte 90 Prozent aller im Jahr 2025 verifizierten Vorfälle.

Betrachtet man den Erfassungszeitraum seit 2005, ereigneten sich von den 44.359 dokumentierten Vorfällen fast die Hälfte in den besetzten Palästinensischen Gebieten mit einer Gesamtzahl von 21.395, gefolgt vom Jemen mit 8.676 und Afghanistan mit 3.767.

Internationale Schutzmechanismen unter Druck

Über Jahrzehnte wurde ein umfassender Rahmen internationaler Abkommen und Verpflichtungen zum Schutz der Zivilbevölkerung in Konflikten und insbesondere von Kindern geschaffen. Die vier Genfer Konventionen wurden universell ratifiziert. 196 Staaten sind Vertragsparteien der UN-Kinderrechtskonvention. Auch politische Verpflichtungen stoßen auf breite Unterstützung: 123 Staaten haben die Safe Schools Declaration unterzeichnet, 91 die Politische Erklärung zum Einsatz von Explosivwaffen in besiedelten Gebieten. Doch dieses System gerät immer häufiger unter Druck und wird von Staaten zunehmend in Frage gestellt. 2025 und 2026 traten Estland, Lettland, Litauen, Finnland und Polen aus dem Übereinkommen zum Verbot von Antipersonenminen aus; Litauen verließ zudem das Übereinkommen über Streumunition.

Auch Mechanismen der internationalen Strafjustiz stehen unter Druck: Niger, Burkina Faso, Mali, Venezuela und Tschad haben ihren Austritt aus dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs mitgeteilt.[7]

Gleichzeitig bestehen erhebliche Lücken bei der Umsetzung internationaler Verpflichtungen in nationales Recht. Eine Untersuchung für den Bericht zeigt beispielsweise, dass 20 afrikanische Staaten kein strafrechtliches Verbot haben, das die Rekrutierung aller unter 18-Jährigen durch nicht-staatliche bewaffnete Gruppen erfasst.[8]

Damit wächst die Gefahr, dass die Lücke zwischen internationalen Schutzversprechen und dem tatsächlichen Schutz von Kindern größer wird. Denn ob internationale Vereinbarungen wirken, hängt letztlich von politischem Willen, ihrer Um- und Durchsetzung sowie wirksamen Mechanismen der Rechenschaft ab.

Kriegsführung im Wandel: Neue Risiken für Kinder

Auch die Art, wie Kriege geführt werden, verändert sich. Neue Waffen und Technologien wie Drohnen, autonome Systeme, Cyberfähigkeiten und zunehmend KI-gestützte militärische Anwendungen erhöhen die Risiken für Kinder und stellen den Kinderschutz vor zusätzliche Herausforderungen. Gleichzeitig werden weiterhin konventionelle Waffen an Konfliktparteien geliefert, die für schwere Kinderrechtsverletzungen verantwortlich gemacht werden. Eine Analyse auf Basis von Zahlen des Forschungsinstituts SIPRI zeigt: 2025 erhielten sieben Staaten, deren Streitkräfte im UN-Bericht aufgrund von Verbrechen an Kindern gelistet sind, konventionelle Waffen.[9]

Veränderte Formen der Kriegsführung haben konkrete Folgen für Kinder. Drohnen kombinieren moderne Überwachungs- und Zielerfassungs-Technologien mit herkömmlichen Explosivwaffen. Gleichzeitig kann ihre dauerhafte Präsenz über Wohngebieten Kinder psychisch belasten und ihren Schulbesuch, ihr Spielen und den Weg zu lebenswichtigen Dienstleistungen wie medizinischer Versorgung beeinträchtigen.[10] Die Gefahren gegenwärtiger Kriegsführung zeigen sich besonders deutlich beim Einsatz von Explosivwaffen in Wohngebieten: Ihr Anteil an den Todesfällen und Verletzungen von Kindern in bewaffneten Konflikten stieg von 54 Prozent im Jahr 2021 auf mehr als 72 Prozent im Jahr 2025. Kinder sind aufgrund ihrer körperlichen Entwicklung besonders anfällig für schwere Verletzungen. Für Überlebende können die Folgen mit chronischen Schmerzen, dauerhaften Behinderungen und psychischen Traumata ein Leben lang anhalten.[11]

Risiko Online-Rekrutierung

Digitale Technologien verändern, wie bewaffnete Gruppen Kinder ansprechen und einsetzen. So können sie Kinder über soziale Medien und Gaming-Plattformen unabhängig von ihrem Aufenthaltsort kontaktieren und beispielsweise auffordern, Informationen zu sammeln oder militärische Stellungen zu fotografieren.[12] In der Ukraine dokumentierten die UN Fälle, in denen Kindern über soziale Medien Geld angeboten wurde, um militärische Informationen zu beschaffen oder Sabotageakte wie Brandstiftung auszuführen.[13]

Erfahrungen aus Kolumbien zeigen, dass eine solche digitale Anbahnung unterschiedliche Formen annehmen kann: von Inhalten, die Gewalt, Geld, Macht und Zugehörigkeit attraktiv erscheinen lassen, über erste Interaktionen bis hin zur direkten persönlichen Kontaktaufnahme. Besonders wirksam sind Botschaften, die schnelle Verdienstmöglichkeiten, Anerkennung oder Gemeinschaft versprechen und dabei Zwang und Gefahren verschleiern.

Die Prävention muss online und offline ansetzen, denn digitale Risiken lassen sich nicht isoliert betrachten. Armut, Gewalt in der Familie, Isolation, eine schwache Anbindung an die Schule und fehlende Perspektiven können die Anfälligkeit von Kindern erhöhen. Gemeinsam mit der Fundación Mi Historia sowie Kindern und Jugendlichen untersuchte Save the Children in Kolumbien, wie bewaffnete und kriminelle Gruppen junge Menschen online ansprechen.[14] Daraus entwickelte das Projekt Ansätze zur Prävention: digitale Kompetenzen stärken, Kinder und Jugendliche aktiv einbeziehen, Online-Schutz mit Unterstützung in Schule und Gemeinschaft verbinden und Frühwarn- und Meldestrukturen verbessern. Vorgeschlagen wird zudem ein nationales Verfahren, das Schulen, Kinderschutzbehörden, Gemeinden und digitale Plattformen bei der Früherkennung und Reaktion besser miteinander verzahnt.

Empfehlungen von Save the Children

Es ist höchste Zeit, die Verpflichtungen zum Schutz von Kindern in bewaffenten Konflikten umzusetzen: Das gilt für Regierungen und Konfliktparteien, aber auch für Geber, internationale Institutionen und andere relevante Akteure. Save the Children fordert Maßnahmen in drei Kernbereichen:

1 – Internationale Standards einhalten

- **Rechtliche Verpflichtungen einhalten:** Staaten und Konfliktparteien müssen das humanitäre Völkerrecht achten und konsequent durchsetzen. Sie sind in der Pflicht, die besonderen Risiken für Kinder bei der Auswahl militärischer Ziele, der operativen Planung und bei Maßnahmen zur Minderung ziviler Schäden zu berücksichtigen. Das gilt gerade auch beim Einsatz neuer Technologien und KI-gestützter Systeme.
- **Kinderrechte durchgängig berücksichtigen:** Staaten müssen die Rechte und Bedürfnisse von Kindern sowie ihre besonderen Risiken in politische Maßnahmen, militärische Leitlinien, Schulungen und Verhandlungen über Frieden und Sicherheit einbeziehen.
- **Einstellung von Waffenlieferungen bei hohem Risiko für Kinder:** Staaten sollten Waffenlieferungen einstellen oder aussetzen, wenn ein erhebliches Risiko besteht, dass ihr Einsatz zu schwerwiegenden Verstößen gegen das Völkerrecht beiträgt. Sie müssen die besonderen Gefahren für Kinder in Risikoabwägungen einbeziehen und offenlegen, wie die Waffen eingesetzt werden.
- **Waffenverbote einhalten und Schutzmaßnahmen stärken:** Staaten sollten an den internationalen Übereinkommen zum Verbot von Antipersonenminen und Streumunition festhalten, die Politische Erklärung zum Einsatz von Explosivwaffen in besiedelten Gebieten (EWIPA) umsetzen und sich für verbindliche Regeln zur Regulierung autonomer Waffensysteme einsetzen.

2 – Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen

- **Unabhängiges Monitoring sichern:** Staaten und Geber müssen den UN-Monitoring- und Reporting-Mechanismus zur Dokumentation schwerer Verbrechen gegen Kinder in bewaffneten Konflikten stärken, das notwendige Fachpersonal und die Präsenz vor Ort sicherstellen, damit eine unparteiische Berichterstattung weiterhin möglich ist.
- **Konkret handeln:** Staaten sollten die Umsetzung zeitgebundener Aktionspläne gegenüber Konfliktparteien einfordern und Fortschritte überwachen. Wenn Konfliktparteien Verstöße nicht beenden, sollten Staaten diplomatische, politische und rechtliche Maßnahmen ergreifen, um Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen.
- **Lücken in nationalem Recht und Strafverfolgung schließen:** Regierungen müssen die Rekrutierung und den Einsatz von unter 18-Jährigen durch Streitkräfte und bewaffnete Gruppen unter Strafe stellen, nationale Gesetze entsprechend anpassen und die unabhängige Ermittlung und Strafverfolgung von Verbrechen an Kindern stärken.
- **Kindgerechte Justiz gewährleisten:** Justizmechanismen müssen Fachkompetenz, eine sichere und freiwillige Beteiligung von Kindern, Schutz vor Vergeltungsmaßnahmen sowie Zugang zu Rechtsbehelfen und Entschädigungen gewährleisten. Kinder, die mit Streitkräften oder bewaffneten Gruppen in Verbindung standen, müssen in erster Linie als Opfer behandelt werden.

3 – Kinder konkret schützen und umfassend unterstützen

- **Strategien zur Konfliktprävention und Friedensförderung:** Staaten sollten nationale Strategien für Frieden und Konfliktprävention entwickeln. Inklusive Friedensbemühungen auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene sollten gezielt unterstützt werden.
- **Prävention:** Regierungen und Geber sollten Frühwarnsysteme und präventive Schutzmaßnahmen finanzieren, um gegen die Rekrutierung von Kindern, auch online, vorzugehen. Der Schutz von Kindern sollte als fester Bestandteil in Maßnahmen zur Konfliktprävention, zur humanitären Hilfe und zum langfristigen Wiederaufbau verankert werden.
- **Umfassende Unterstützungsangebote:** Regierungen und Geber sollten Kinder in der humanitären Diplomatie priorisieren, Zugangsbarrieren abbauen und Unterstützungsmaßnahmen zum Schutz sowie zur Bildung, Gesundheitsversorgung, Rehabilitation und psychosozialen Unterstützung langfristig sicherstellen.
- **Inklusive und lokal geleitete Maßnahmen:** Geber sollten planbare, flexible und mehrjährige Mittel bereitstellen, die auch direkt bei lokalen Akteuren ankommen. Zugleich sollten präzisere, disaggregierte Daten dazu beitragen, Kinder besser zu erreichen und Zugangsbarrieren abzubauen.
- **Kinder einbeziehen:** Regierungen und humanitäre Akteure müssen die sichere und barrierefreie Beteiligung von Kindern sicherstellen. Sie sollten sich dafür einsetzen, dass Kinder systematisch und wirkungsvoll in Entscheidungen einbezogen werden.

Quellen und Anmerkungen

1 United Nations (2026): *Children and armed conflict*. Report of the Secretary-General, A/80/723–S/2026/357

2 Die Berichte des UN-Generalsekretärs erfassen die militärische Nutzung von Schulen und Krankenhäusern, zählen diese jedoch nicht selbst als Verbrechen an Kindern in Konflikten. In diesem Bericht berücksichtigt Save the Children diese Fälle zusätzlich in der Kategorie „Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser“. Deshalb kann die Gesamtzahl geringfügig von der im UN-Bericht ausgewiesenen Gesamtzahl abweichen.

3 Anti-Personnel Mine Ban Convention: *Membership*, Stand 23. September 2026 und UN (2026): *Status Convention on Cluster Munitions*, Stand 23. September 2026

4 International Criminal Court, Assembly of States Parties (2026): Mitteilungen über die Austrittsschritte von Burkina Faso, Mali und Niger vom 1. Juli 2026 sowie von Tschad und Venezuela vom 7. August 2026

5 Uppsala Conflict Data Program (2026): UCDP Georeferenced Event Dataset, Version 26.1; CIESIN (2018): Gridded Population of the World, Version 4.11; United Nations (2024): World Population Prospects

6 Die Zahlen für ein Jahr beziehen sich auf die in diesem Berichtsjahr verifizierten Verbrechen und nicht zwingend auf Verbrechen, die sich in diesem Jahr ereignet haben. Der Rückgang gegenüber 2024 könnte zum Teil darauf zurückzuführen sein, dass mindestens 5.149 der in den Daten für 2024 enthaltenen Verbrechen bereits in früheren Jahren begangen, aber erst 2024 verifiziert wurden. Auch die Gesamtzahl für 2025 kann Fälle enthalten, die sich bereits in früheren Jahren ereignet haben.

7 Siehe Endnote 4

8 Robert Doya Nanima und Angela Nkatha Mutema (2026): *From commitment to accountability: National laws on child recruitment in Africa*, Analyse für diesen Bericht

9 Analyse & Tall (2026): Arms sales to *CAAC-listed parties 2025*, im Auftrag von Save the Children Norwegen; auf Grundlage der SIPRI Arms Transfers Database und des UN-Jahresberichts zu Children and Armed Conflict 2026

10 Narmina Strishenets, Save the Children UK (2026): *Children and Drones: The Expansion of Unmanned and AI-Enabled Warfare and the Threat to Children's Survival, Protection and Recovery*

11 Save the Children (2025): *Children and Blast Injuries: The Devastating Impact of Explosive Weapons on Children*, 2020–2025

12 Vanessa Murphy, Siobhan Sparkes McNamara und Tilman Rodenhäuser (2026): *Influencer, gamer, soldier, spy: the online era of child recruitment and its implications in international law (Part I)*, Humanitarian Law & Policy Blog, 1. Oktober 2026

13 OHCHR (2025): *Report on the human rights situation in Ukraine, 1 December 2024–31 May 2025*, 30. Juni 2025, Abs. 31–38

14 Fundación Mi Historia und Save the Children Colombia (2026): *Prevención del reclutamiento de niños, niñas y adolescentes en entornos digitales en Colombia: Captación digital, prácticas prometedoras, hacia un mecanismo de reporte y respuesta. Informe final – Mesas multiactor 2025–2026*, Juli 2026

www.savethechildren.de